

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/70

12. April 1972

Baden-Württemberg im Aufschwung

-----  
Stolze Leistungsbilanz sozialdemokratischer  
Wirtschaftspolitik

Von Dr. Hans-Otto Schwarz MdL  
Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Die Feinde der Freiheit

-----  
Der Standort der demokratischen Sozialisten

Von Joachim Steffen MdL  
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes  
Schleswig-Holstein

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Umwelt erträglich halten:

-----  
Was werden muß - wird es auch werden?

Von Prof. Dr. K. Bechert MdB  
Präsident der Internationalen Gesellschaft  
für Verantwortung in der Wissenschaft

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Baden-Württemberg im Aufschwung

Stolze Leistungsbilanz sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Von Dr. Hans-Otto Schwarz MdL

Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet gut vorangekommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 1971 auf 114,5 Milliarden DM angestiegen. Dies bedeutet seit 1968 eine Zunahme um 44,5 vH. Damit wurde das schon gute Wachstum in der Bundesrepublik mit + 43,9 vH. sogar noch übertroffen. Mit einem Betrag von 12.000 DM Bruttoinlandsprodukt je Einwohner steht unser Land an der Spitze aller Flächenstaaten. Diese gute Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre ist vor allem den Arbeitnehmern zugutegekommen. Ihre Einkommen erhöhten sich stark. So nahmen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten in der Industrie von 1968 bis 1971 um rd. 47 vH. zu. Nach Abzug der Preiserhöhungen im gleichen Zeitraum in Höhe von 13,4 vH. verblieb ein Kaufkraftgewinn von rd. 34 vH. Die Einkommen übertrafen also bei weitem die Preise. Das ist das beste Ergebnis der Nachkriegszeit und liegt über dem internationalen Durchschnitt.

Als ich Ende 1966 mein Amt als Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg antrat, stand auch die hiesige Wirtschaft mitten in der Rezession. Die Arbeitsplätze waren nicht mehr gesichert. Dank der Wirtschaftspolitik der SPD im Bund und einer konsequenten und gezielten Förderpolitik im Land wurde diese Krise schnell überwunden. In den letzten Jahren herrschte sogar Überbeschäftigung. Auch 1972 sind die Arbeitsplätze nicht gefährdet. Im Gegenteil: Baden-Württemberg hatte im März mit 0,5 vH. die niedrigste Arbeitslosenquote der Bundesrepublik und von allen Industrieländern. Auf einen Arbeitslosen kommen gut fünf offene Stellen, und die Kurzarbeit ist stark rückläufig. Gleichzeitig sind in der baden-württembergischen Wirtschaft über eine halbe Million ausländische Arbeitnehmer beschäftigt.

Ein wichtiges Anliegen war für die SPD in den letzten Jahren der Fremdenverkehr, zumal ihm in Baden-Württemberg erhebliche Be-



## Die Feinde der Freiheit

---

### Der Standort der demokratischen Sozialisten

Von Joachim Steffen MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Gelegentlich ist es lohnend, Binsenweisheiten zu wiederholen. Eine von ihnen lautet: Wer eine Gesellschaft im Interesse der ökonomisch Beherrschten friedlich, von der Macht des Stimmzettels ausgehend, verändern will, der muß die Freiheiten des Bürgers hüten wie seinen Augapfel. Das sind die Bürgerrechte, die uns der Liberalismus brachte. Ohne sie gibt es keinen demokratischen Sozialismus.

Die Kehrseite dieser Binsenweisheit: Wer eine Gesellschaft im Interesse der ökonomisch Beherrschten friedlich, von der Macht des Stimmzettels ausgehend, verändern will, der muß den ökonomischen Liberalismus überall dort ändern, wo er die Errungenschaften des politischen Liberalismus bedroht. Ohne solche Veränderungen gibt es keinen demokratischen Sozialismus.

Wer so denkt und handelt, muß sich einerseits einen "liberalen Scheißer" und andererseits einen "Gegner unserer sozialen Ordnung" schimpfen lassen. Erfolgt beides nicht, muß er sich fragen, ob er auf dem richtigen Wege ist. Wahrscheinlich verteidigt er weder die politischen Freiheiten des Bürgers, noch greift er die ökonomische Macht über Leben und Hirne an. Dann muß er sich fragen lassen, wie er zu einem demokratischen Sozialismus kommen will.

In der Bundesrepublik kann man heute beobachten, wie die Tendenzen wachsen, die politischen Freiheiten gering zu achten. Einerseits, weil man sie nur als ein Fahrzeug zur Macht versteht, das man verbrennt, wenn man sie erobert hat. Andererseits, weil man die Gefährlichkeit des Fahrzeugs für die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse erkennt. Die einen wollen das Gefährt verbrennen, nachdem sie es benutzt haben. Die anderen wollen es verbrennen, bevor man es benutzt. Die einen wollen so die politische Macht erobern und behaupten. Die anderen wollen so den Verlust ihrer Macht verhindern. Beide Positionen haben eines gemeinsam: Sie sind bereit, die politischen Freiheiten des Bürgers zu opfern, wenn es der Festigung ihrer Macht dient. Demokratische Sozialisten aber müssen das Gefährt erhalten, ob sie an der Macht sind oder ob sie um sie kämpfen, oder sie geben sich selber auf. Die Grundrechte der Menschen sind für sie Mittel und Ziel in einem.

Binsenweisheiten? Gewiß. Es lohnt aber, sie zu wiederholen, wenn durch die ökonomisch Herrschenden und ihre politischen Handlanger der Kalte Krieg nach außen zu einem Kalten Krieg nach innen

umfunktioniert werden soll. Die SED in der DDR und die Reaktionäre in der Bundesrepublik haben viele, tiefgreifende Gegensätze. Sie haben aber auch Gemeinsamkeiten. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist, daß sie beide, zur Stützung ihrer Machtpositionen, ein Feindbild benötigen. Wenn durch eine erfolgreiche Friedens- und Entspannungspolitik das äußere Feindbild unglaubwürdig wird, dann muß das Bild des inneren Feindes dessen Funktion mit übernehmen. "Sozialdemokratismus" und "radikale Gegner unserer Ordnung" sind dann die Feinde. Sie werden gewaltig hochgepumpt, da sie alle vermeintlichen Drohungen des verbliebenen äußeren Feindes zusätzlich verkörpern müssen. Dies Feindbild rechtfertigt alle inneren Repressionen. Alle? Dies doch hoffentlich nur bei der SED. In einem demokratischen Verfassungsstaat gibt es Grenzen. Oder sollte es Grenzen geben? Sie sind durch den Sinn der Verfassung und den Willen des Verfassungsgebers gesetzt.

Die Verträge mit Moskau und Warschau, der Beginn einer Friedens- und Entspannungspolitik, werden ratifiziert werden. So und jetzt. Alles andere hieße, die Reaktionäre für politisch strahldumm zu halten. Es bleibt abzuwarten, ob sie die Geister, die sie riefen, zur Bekämpfung dieser Politik beliebig in die Ecke kommandieren können. Ganz sicher aber wird das überdimensionierte Bild des inneren Feindes bleiben. Es wird noch sorgfältiger präpariert und ausgemalt werden. In der BRD wird es nicht an Narren fehlen, die einzelne Samenkörner für einen vermeintlichen Dachstuhl der Bedrohung lautstark produzieren. Sie liefern die Krümel, aus denen die Reaktionäre das dräuende Gebirge ihrer Propaganda formen. Das Ziel der Reaktionäre ist klar. Sie benötigen den inneren Feind zum Schutz ihrer Privilegien und ihrer Macht. Sie müssen das Grundgesetz zum Garanten unhaltbarer gesellschaftlicher Zustände hochstilisieren. Sie müssen jede gesellschaftliche Veränderung zum Vorboten kommender Unfreiheit stempeln. Sie müssen die Gesinnungs-, Informations- und Meinungsfreiheit zu Knochen trachten, denn sie sind das Gefährte ihrer Gegner. Wenn die Freiheit der Bürger ihre Macht bedroht, dann sind sie gegen diese Freiheit.

Dieser Kampf ist nicht der Kampf demokratischer Sozialisten. Die Feinde der Freiheit sind ihre Feinde. Sie werden ihnen entgegengetreten mit den Mitteln der Freiheit, der Verfassung und des Rechtsstaates. Sie sind Gegner aller Hexenjagden. Sie haben erfahren, daß man dem Gegner der Freiheit nicht den Staatsapparat überlassen darf. Sie haben auch erfahren, daß die Freiheit die des Andersdenkenden ist. Demokratische Sozialisten sind nicht bereit, mit der Freiheit als Mittel, die Freiheit als Ziel opfern zu lassen.

(-/ex/12.4.1972/ks)

\* \* \*

Umwelt erträglich halten!

Was werden muß - wird es auch werden?

Von Prof. Dr. K. Bechert MdB

Präsident der Internationalen Gesellschaft für  
Verantwortung in der Wissenschaft

(Die Gesellschaft hat Mitglieder in über 40 Staaten der Erde, darunter eine Anzahl von Nobelpreisträgern. Im August 1971 hielt sie eine viel beachtete Internationale Konferenz über Umweltschutz in Trondheim. Die Gesellschaft wird auf der UNO-Konferenz in Stockholm, September 1972, vertreten sein.)

Die Menschheit wird sich beschränken müssen in ihren Ansprüchen, sie wird Lebensnotwendiges verwirklichen müssen: Erhaltung einer erträglichen Umwelt. Dazu gehört nicht nur Umweltschutz, sondern auch Entwicklung neuer Umweltmöglichkeiten, wie z.B. Ausgestaltung von Flachland, auch von sehr großen, von Küsten Steppen, auch von Baggerseen, Bau von bewohnbaren Inseln in großen Seen und in Meeren in der Nähe der Küsten. Dazu gehört auch Begrenzung der Menschenzahl, also zunächst Verringerung des Anstiegs der Menschenzahl, einfach deshalb, weil die Erdoberfläche begrenzt ist, und Menschen, wie alle Lebewesen, einen Mindestraum für sich als Lebensraum brauchen. Zur Beschränkung gehört auch Planen und Lenken der Erzeugung, es geht nicht an, daß die Industriestaaten alle gegeneinander produzieren, wie sie das heute weitgehend tun, in der verrückten und auch durch Reklame unterstützten Erwartung, daß sich schon Käufer finden werden.

Welcher Unsinn dabei herauskommt, zeigt der Markt der EWG für landwirtschaftliche Erzeugnisse: Überzeugung, Vernichtung von Lebensmitteln, Umwandlung in geringerwertige Lebensmittel, Subventionen, Geldverschwendung. Notwendig ist aber auch vernünftige Planung für den Verbrauch von Rohstoffen, Wiedergewinnung und Wiederverwendung gebrauchter Rohstoffe.

Wir werden lernen müssen, daß wir der Technik nicht erlauben dürfen, alles zu machen, was sie machen kann. Wir werden uns bei neuen technischen Entwicklungen klarmachen müssen, was für Neben-

und Nachwirkungen sie haben können und haben werden. Wir werden aber auch begreifen müssen, daß die Lehre vom gerechten Lohn unbrauchbar wird, wenn Maschinen den größten Teil der Arbeit ausführen, die bisher von Menschen geleistet wurde. Wir werden dazu kommen, daß Menschen bezahlt werden müssen, damit sie ein menschenwürdiges Dasein führen können. Ich weiß natürlich, daß die Antwort auf solche Vorschläge spöttisch sein wird. Aber weiß einer eine andere, eine bessere Antwort auf die gestellte Frage?

Zum Politischen: Die Weltanschauungen, die West und Ost heute von einander trennen, werden Verständigung finden müssen. Es wird jede Seite ihren Anspruch mildern müssen, die letzte Wahrheit zu besitzen, damit gemeinsames Leben erträglich wird.

Und zum Politischen im üblichen Sinn: Für die Vereinigten Staaten wird der amerikanische Kontinent die Zukunftsaufgabe sein, Europa wird in Afrika seine große Aufgabe sehen müssen, Russland und China betrachten heute schon Asien als Aufgabe, über deren Bewältigung sie wohl noch lange streiten werden.

Aber das entbindet nicht von der Notwendigkeit, die Zukunft nach den großen Friedensaufgaben zu gestalten, die Existenzfragen der Menschheit sind. Die Zukunft liegt für die Menschheit nicht in der Eroberung von Himmelskörpern. Wir sind an die Erde gebunden, können weder im Weltraum noch auf anderen Gestirnen wirklich menschliches, menschenwürdiges Dasein ermöglichen, so wie wir auch bei unseren kühnsten Unternehmungen der Technik immer in Lebensbedingungen, in eine Umwelt zurückkehren müssen, die uns als menschlichen Wesen gemäß ist. (-/ex/12.4.1972/ml)